

Aus: Salzborn, Samuel (Hg.); Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart; Giessen, 2004

Werner Bergmann

## Antisemitismus in Deutschland von 1945 bis heute

Der „Antisemitismus nach Auschwitz“ unterscheidet sich von der traditionellen Judenfeindschaft und von seiner rassistischen Zuspitzung, die nach 1945 wieder an Bedeutung verliert, in folgenden Aspekten: Erstens muss er auf den Völkermord reagieren, sei es durch seine Leugnung oder eine Schuldprojektion auf die Juden, zweitens ist er in den meisten europäischen Ländern ein Antisemitismus ohne Juden, der sich nicht an Konflikten mit den Juden des Landes entzündet und drittens kann Antisemitismus seit 1948 die Form des Antizionismus annehmen und Juden kollektiv für die Politik des Staates Israel haftbar machen.

Erscheinungsform, Verbreitung und politische Instrumentalisierung von Antisemitismus waren in den beiden deutschen Staaten primär vom Systemtyp und vom Ost-West-Konflikt bestimmt. Dem Selbstverständnis der DDR entsprechend war in der sozialistischen Gesellschaft „Antisemitismus mit der Wurzel ausgerottet“, so dass man sich weder politisch noch öffentlich damit zu befassen hatte, etwaige Vorfälle wurden ohne öffentliches Aufsehen geregelt.

Auch in der Bundesrepublik hat man das Problem des fortlebenden Antisemitismus eher auszublenden versucht, doch haben hier Presse und kritische Geister die Aufmerksamkeit immer wieder auf antisemitische Vorfälle gelenkt. Die Bundesrepublik war aufgrund ihres Anspruchs, Erbe des Deutschen Reiches zu sein, der Hauptadressat für Wiedergutmachungsforderungen, für Vorwürfe wegen mangelnder Entnazifizierung und Strafverfolgung von NS-Verbrechen.

### *Die Besatzungszeit 1945 bis 1949*

Kennzeichnend für die frühen Nachkriegsjahre war die Diskrepanz zwischen offizieller Politik und dem Fortbestehen des Antisemitismus in weiten Teilen der Bevölkerung, obwohl die Alliierten mit Plakaten, Fotografien und Filmen — etwa dem KZ-Film „Todesmühlen“ — und in der direkten Konfrontation mit den KZ-Gräueln versuchten, den Deutschen die Folgen der NS-Ideologie vor Augen zu führen. Auch die wiederzugelassenen politischen Parteien verdamnten in ihren Gründungsaufufen vom Juni 1945 den Nationalsozialismus und seine Rassenpolitik. Zwar wurde die Ermordung der Juden nicht direkt angesprochen, sie kam jedoch in Begriffen wie Rassenhochmut und Völkerverhetzung zum Ausdruck. Da allerdings die Linksparteien (KPD und SPD) ihrem Selbstbild als Opfer des NS-Terrors entsprechend im ganzen engagierter für die Bestrafung der NS-Verbrechen und für eine Entschädigung der Opfer eintraten als die bürgerlichen Parteien, wurden in der Ostzone die verantwortlichen Nationalsozialisten in größerem Umfang zur Rechenschaft gezogen und erfuhren die NS-Verfolgten eine bessere Behandlung als in den Westzonen. Für diese konstatierte eine Antisemitismus-Analyse der US-Militärregierung 1947, dass die führenden Männer in Politik, Erziehung und Kirche zögerten, das Thema Juden wegen seiner Unpopularität

anzusprechen.<sup>1</sup> Besorgt über das Fortleben der NS-Ideologie auch nach der Niederlage des Dritten Reiches gab im Dezember 1946 die amerikanische Militärregierung für ihre Zone eine Meinungsumfrage in Auftrag, die zu dem erschreckenden Ergebnis kam, dass 40 Prozent als Antisemiten, weitere 22 Prozent als Rassisten, 19 Prozent als Nationalisten und nur 20 Prozent als weitgehend frei von diesen Ressentiments angesehen werden konnten.<sup>2</sup> Dieses Ergebnis dürfte für die anderen Westzonen ebenso gelten wie für die Ostzone, hatten doch zeitgenössische Beobachter 1946 ein Wiederhervortreten antisemitischer Stimmungen beobachtet, nachdem der Schock der Niederlage und die alliierte Besetzung zunächst zur Vermeidung exponierter Stellungnahmen geführt hatten.<sup>3</sup> Die Ressentiments gegen Juden entzündeten sich in diesen Jahren vor allem an Konflikten mit Displaced Persons (DPs), also Ausländern, die sich nach dem Krieg als Überlebende der Lager, als Zwangsarbeiter oder Flüchtlinge auf deutschem Boden befanden, an den Ansprüchen auf Rückgabe geraubten Eigentums und Schwarzmarktgeschäften, während gleichzeitig die Alliierten das öffentliche Leben, Presse und Politik von Antisemitismus freihielten und mit Entnazifizierung, Kriegsverbrecherprozessen und Re-education gegen die NS-Ideologie ankämpften. Eine Welle antijüdischer Tumulte und Friedhofsschändungen, die 1947 Deutschland von der Ostsee bis zu den Alpen durchlief, macht ebenfalls diesen gesamtdeutschen Charakter deutlich. Bis weit in die 1950er Jahre hinein belegen demoskopische Ergebnisse, antisemitische Skandale, Polizeiberichte über den Umgang mit den DPs ebenso wie Berichte jüdischer Zeitzeugen ein massives Fortleben antijüdischer Überzeugungen.

Vgl. Wolfgang Benz: Antisemitismus nach Hitler. Beobachtungen der amerikanischen Militärregierung aus dem Jahre 1947, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6 (1997), S. 349ff.

Vgl. Anna Merritt/Richard L. Merritt (Hg.): Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS-Surveys, 1945-1948, Urbana 1970, S. 146ff.

Vgl. die Hinweise in Frank Stern: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerungen 1991.

### Die 1950er und frühen 1960er Jahre

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde den Juden von politischer Seite als „Opfern des Faschismus“ bis zirka 1950 bevorzugte Aufmerksamkeit geschenkt, zumal aufgrund der gemeinsamen Leidenszeit in den KZ persönliche Kontakte mit Mitgliedern der SED bestanden.<sup>4</sup> Doch auch hier kam es - allerdings von offizieller Seite - zu einer Benachteiligung von Juden (und Bibelforschern), die nicht aus politischen Gründen gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten und deshalb aus der privilegierten Kategorie der „Kämpfer gegen den Faschismus“ ausgeschlossen wurden. In den Schwierigkeiten mit jüdischen NS-Opfern zeigten sich auch bei SED-Funktionären die Nachwirkungen eines Antisemitismus, der in den „reichen Juden“ den alten Klassenfeind sah. So sollte in der DDR die Frage der Rückgabe „arisierten“ Besitzes nach einer anfänglich bestehenden Bereitschaft immer restriktiver behandelt werden. Zwar kam es 1948 zu Regelungen, die für die Verfolgten beachtliche Sozialleistungen vorsahen (Bevorzugung bei Arbeitsuche, Wohnraumbeschaffung, Möbel etc.), doch nur insoweit wie sie selber noch im Lande lebten (zirka 4.500) und ihr Besitz nicht enteignet war, da eine Restitution jüdischen Eigentums „einen Einbruch in unsere neue sozialistische Ordnung bedeuten und eine finanzielle Belastung [...] zugunsten ausländischer Kapitalisten zur Folge hätte“.<sup>5</sup> Damit wurden viele Juden faktisch ein zweites Mal enteignet. Hier wird schon deutlich, dass nun der „Kalte Krieg“ zunehmend die Politik bestimmte. Die SED schloss in einer „Säuberungswelle“ von 1949/50 „Westemigranten“, darunter eine ganze Reihe jüdischer Mitglie-

der aus. 1952/53 wurde die stalinsche Antizionismus-Kampagne auch in der DDR spürbar. Man machte dem vormaligen hohen SED-Funktionär Paul Merker den Prozess, der kein Jude war, den man aber zionistischer Auffassungen und der „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“ bezichtigte, weil er sich für eine Rückerstattung an emigrierte Juden eingesetzt hatte. Stalins Tod rettete ihn wohl vor einem antisemitischen Schauprozess, er blieb jedoch in Haft und wurde 1955 verurteilt, 1956 dann freigesprochen. Der sowjetische Druck und die aufgeladene Atmosphäre während des Slansky-Prozesses in der Tschechoslowakei, in dem führende, vor allem jüdische Kommunisten angeklagt und hingerichtet wurden, wirkten sich auf die Haltung der SED zu den Jüdischen Gemeinden aus, die in ihrer Arbeit behindert und deren Büros vom Staatssicherheitsdienst durchsucht wurden. In der Parteipresse erschienen anti-jüdische Hetzartikel und führende jüdische Gemeindevertreter wurden aufgefordert, den Slansky-Prozess zu billigen, den Antisemitismus in den sozialistischen Staaten als Propagandalüge zurückweisen und Israel als faschistischen Staat denunzieren.<sup>6</sup> Diesem Druck entzogen sich Anfang 1953 mehrere hundert Juden, darunter die führenden Gemeindevertreter, durch Flucht in den Westen. Dennoch erreichte die Kampagne nicht das Ausmaß wie in der UdSSR und CSR. Mit Stalins Tod und der Rehabilitation der zuvor als „Bestien der Menschheit“ im *Neuen Deutschland* verleumdete Kreml-Ärzte endete der Druck auf die jüdischen Gemeinden.

Im Westen wurde die Wiedergutmachung für Juden zu einer wichtigen Frage bei der Reintegration in die internationale Staatengemeinschaft. Wir finden deshalb in der „Vergangenheitspolitik“ der frühen 1950er Jahre ein Nebeneinander der Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten (Ende der Entnazifizierung, Begnadigung von NS-Verbrechern, 131er Gesetz usw.) mit Wiedergutmachungs- und Entschädigungsregelungen, die 1952 im Luxemburger Abkommen mit Israel und 1953 im Bundesentschädigungsge-

<sup>4</sup> Vgl. Olaf Groehler: SED, WN und Juden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland (1945-1949), in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3 (1994), S. 282-302; zur weiteren DDR-Geschichte vgl. Lothar Mertens: Davidstern unter Hammer und Sichel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990, Hildesheim 1997.

<sup>5</sup> Zit. n. Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 66.

Vgl. Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.

setz einen ersten Abschluss fanden. Die Adenauer-Regierung setzte dies gegen Widerstand aus den eigenen Reihen und in der Bevölkerung durch.

War die antisemitische Interimsperiode von 1950 bis 1953 in der DDR eine staatlich inszenierte, so traten in dieser Phase in der Bundesrepublik antisemitische Tendenzen wieder an die Öffentlichkeit. Dies lag einmal daran, dass mit der Aufhebung des Lizenzierungszwangs nun rechtsextreme Parteien in die Parlamente einziehen und entsprechende Publikationen wieder auf dem Markt erscheinen konnten: Noch heute erhältliche rechtsextreme Zeitungen wie die *Nationalzeitung* und *Nation Europa* (inzwischen: *Nation & Europa*) erschienen 1950/51 zum ersten Mal. Skandale um den der Deutschen Partei angehörenden Bundestagsabgeordneten Hedler, der es in einer Wahlkampfrede dahingestellt sein ließ, ob die „Judenvernichtung das richtige Mittel zur Lösung der Judenfrage“ gewesen sei, um die Aufführung neuer Filme des belasteten „Jud Süß“-Regisseurs Veit Harlan u.a. ließen das Thema und entsprechende Ressentiments wieder hervortreten.<sup>7</sup> Eine Umfrage von 1952 belegt, dass antisemitische Einstellungen gegenüber 1949 sogar noch angewachsen waren.

Tabelle 1

„Wie ist überhaupt Ihre Einstellung gegenüber den Juden?“<sup>8</sup>

	demonstrativ antisemitisch	gefühlsmäßig ablehnend	reserviert	tolerant	demonstrativ freundlich	kein Urteil
<b>1949</b>	10%	13%	15%	41%	6%	15%
<b>1952</b>	34%	18%	23%	7%	18%	

Vgl. Werner Bergmann: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989, Frankfurt a.M. 1997; Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Institut für Demoskopie Allensbach: Ist Deutschland antisemitisch? Ein diagnostischer Beitrag zur Innenpolitik Herbst 1949, Allensbach 1949, S. 39, und Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, AUensbach 1956, S. 128.

Diese negative Einstellungsentwicklung in den ersten Jahren der Bundesrepublik ist neben den schon genannten Gründen damit zu erklären, dass Staat und Gesellschaft ihre Position zum Judentum, zur Judenverfolgung und zum Staat Israel finden mussten. Der Umgang mit den Juden wurde zum „Prüfstein der Demokratie“ erklärt (so der US-Hochkommissar John McCloy). Intern wurde die Debatte von einer Vielzahl von kleinen Initiativen in den Kirchen (EKD-Synode in Berlin-Weißensee 1950) und in der Öffentlichkeit (Aktion „Friede mit Israel“ 1951) angestoßen, die aber erst durch die Reparationsforderungen Israels zentrale politische Bedeutung erhielt. In der Bevölkerung wurden dieser selbstkritische Dialog und vor allem aber die materiellen Forderungen massiv abgelehnt.<sup>9</sup> Diese Ablehnung äußerte sich in Form traditioneller antijüdischer Vorurteile (Vorwurf der Geldgier und Rachsucht), die sich durch die jüdischen Forderungen „bestätigt“ sahen. Es waren besonders die junge, im Nationalsozialismus groß gewordene Generation und die Bildungsschicht, die durch ihre aktive Teilnahme am öffentlichen Leben im Dritten Reich auch in starkem Maße dessen Werte und Ideologie übernommen hatte, die massiv antijüdische Einstellungen zeigten.<sup>10</sup> Gegen diese von Zeitgenossen als Renazifizierung wahrgenommene Entwicklung gab es dann eine politische Gegenreaktion. 1952 verbot das gerade eingerichtete Bundesverfassungsgericht die neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP), und die Einführung der Fünf-Prozent-Hürde verhinderte ab 1953 den Einzug rechtsextremer Parteien in den Deutschen Bundestag. Auch der Boykott der Harlan-Filme von Teilen der Bevölkerung, insbesondere von Studenten, die Verur-

<sup>9</sup> Im August 1952 hielten 54 Prozent der Bundesbürger die Wiedergutmachung an Israel für überflüssig, weitere 24 Prozent für grundsätzlich richtig aber zu hoch, und nur elf Prozent stimmten ihr zu (21 Prozent unentschieden). Vgl. Institut für Demoskopie: Jahrbuch 1956, S. 130.

<sup>10</sup> Dieses Ergebnis wird bestätigt durch die methodisch anspruchsvollere Untersuchung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung von 1951. Vgl. Friedrich Pollock: Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, Frankfurt a.M. 1955.

teilung des DP-Bundestagsabgeordneten Hedler sowie der Abschluss des Luxemburger Abkommens mit Israel verdrängte das Thema Juden für einige Jahre aus dem öffentlichen Bewusstsein. Meinungsumfragen zeigen für diese Phase, dass der wachsende zeitliche Abstand zum Dritten Reich, das „Wirtschaftswunder“ und die politische Integration in den Westen bei manchen Bundesbürgern zur Aufgabe antijüdischer Einstellungen führte, wie sich anhand der einzigen über fast fünfzig Jahre wiederholt zum Antisemitismus gestellten Frage feststellen lässt. Es dominierte ein Desinteresse bzw. eine unentschiedene Haltung gegenüber dem Verbleib von Juden im Lande:

Tabelle 2

„Würden Sie sagen, es wäre besser (ist für Deutschland besser), keine Juden im Land zu haben?“<sup>11</sup> (in Prozent)

	1952	1956	1958	1963	1965	1983	1987	1998	1998
	West Ost								
besser	37	26	22	18	19	9	13	8	10
nein	19	24	38	40	34	43	67	86	82
unentschieden/egal	44	50	40	42	47	48	20	6	8
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Auch in der DDR kehrte nach der antisemitischen Kampagne ab 1953 Ruhe ein, nachdem allerdings viele Juden aus dem öffentlichen und politischen Leben der DDR ausgeschaltet worden waren und dem nach Auflösung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VN) gebildeten Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR als bloße „Opfer des Faschismus“ nicht mehr angehörten. Außenpolitisch folgte die DDR dem antizionistischen Kurs der UdSSR, schlug da-

bei aber unter Berücksichtigung der besonderen deutsch-jüdischen Geschichte eine gemäßigte Linie ein und verhandelte von 1954 bis 1956 in und über Moskau noch mit Israel, das ja von der DDR ihren Anteil (ein Drittel) an der Wiedergutmachung einforderte - allerdings vergeblich, da diese den Standpunkt vertrat, die „wahre Wiedergutmachung“ läge in der Beseitigung der gesellschaftlichen und ideellen Wurzeln des Antisemitismus in der DDR und in der Fürsorge für die im Lande lebenden Juden. Mit ihrer antizionistischen Haltung verfolgte die DDR jedoch auch Eigeninteressen, denn sie pflegte seit Mitte der 1950er Jahre enge Kontakte zu arabischen Regierungen (Ägypten und Syrien), um den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch (Hallstein-Doktrin) zu durchbrechen. Im Suez-Krieg 1956 konzentrierte die DDR ihre Kritik auf England und Frankreich, Israel wurde als „bloßes Werkzeug imperialistischer Kreise“ eingestuft. Es kam aber zum Ausbruch eines Antisemitismus von unten, der sich aus Stimmungsberichten der SED-Kreisleitungen und Briefen von Betriebsbelegschaften und SED-Grundorganisationen ablesen lässt. Die deutschlandpolitische Frontstellung sollte sich noch verschärfen, als die DDR in den späten 1950er Jahren - als Antwort auf ihre Wirtschaftskrise und die anhaltende Fluchtbewegung in den Westen - versuchte, mit Anschuldigungen gegen hochrangige Politiker (wie Adenauers Staatssekretär Hans Globke und den Vertriebenenminister Theodor Oberländer) und Richter die Bundesrepublik als Hort alter Nazis hinzustellen. Zahlreiche Skandale, in denen es um die mangelnde Bereitschaft von Schulbehörden und Gerichten ging, gegen antisemitische Beleidigungen angemessen vorzugehen (z. B. die Fälle des Lehrers Zind, des ehemaligen KZ -Arztes Eisele, des Holzkaufmanns Nieland), die in der bundesweiten Schmierwelle von 1959/60 gipfelten, boten dem eigens dafür gegründeten „Ausschuss für“ Deutsche Einheit“ genügend Ansatzpunkte, und er schreckte nicht vor der Inszenierung antisemitischer Kampagnen gegen Juden (Drohbriefe) in der BRD zurück. Insbesondere der Eichmann-Prozess wurde von der DDR zum Kampf gegen den „westdeutschen Neofaschismus“ instrumentalisiert. Die DDR-Führung verschwieg, dass parallel zur Schmierwelle in der BRD auch in der DDR

<sup>11</sup> Institut für Demoskopie: Deutsche und Juden - vier Jahrzehnte danach, Allensbach 1986, Tab. 13; und Jahrbuch der öffentlichen Meinung, Bd. II, Allensbach 1957, S. 126; Forsa: Studie zum Antisemitismus in Deutschland, 1998, Tab. 12.

zwischen 1960 und 1962 fast 3.000 Fälle faschistischer Schmierereien und 595 Fälle antisemitische Hetze gemeldet wurden.<sup>12</sup>

In der Bundesrepublik markierte das massive Hervortreten des Antisemitismus einen Wendepunkt, da nun die Defizite in der Vergangenheitsbewältigung öffentlich diskutiert und erste Schritte zu ihrer Beseitigung unternommen wurden. Dies betraf etwa die Verstärkung der politischen Bildung (Gemeinschaftskunde), die Hinwendung zur deutsch-jüdischen Geschichte, die Verabschiedung eines Volksverhetzungsgesetzes (§ 130 StGB), den Beginn einer Revision des christlichen Antijudaismus in den Kirchen usw. Die großen Strafverfahren gegen Verantwortliche des Holocaust (Eichmann-Prozess 1961, Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965), die Bundestagsdebatten über die Verjährung von NS-Gewaltverbrechen (1965, 1969, 1979) und die davon angestoßene öffentliche Auseinandersetzung über den kriminellen Charakter des Dritten Reiches und die große Zahl der Mittäter und Wegseher führten bis Ende der 1960er Jahre zu einem Stimmungswechsel in der intellektuell-politischen Debatte, in der nun, sicherlich auch mit verursacht durch einen Generationenkonflikt, die Kritiker der unzureichenden Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik ein Übergewicht bekamen. Auf die Bevölkerungsmeinung hatten diese Debatten allerdings einen gegenteiligen Effekt. Stießen der Eichmann- und der frühe Auschwitz-Prozess noch auf große Aufmerksamkeit und Zustimmung, reagierte man auf den Fortgang der Auseinandersetzung mit Überdruß: die Forderung nach einem Ende der Strafverfolgung und nach einem generellen Schlusstrich unter die NS-Vergangenheit gewann an Zustimmung.<sup>13</sup> Auch für die DDR lässt sich in

dieser Phase eine stärkere wissenschaftliche, öffentliche und politische Beschäftigung mit dem nationalsozialistischen Antisemitismus konstatieren, nicht jedoch mit jüdischer Geschichte oder den Juden in der DDR.

### *Die späten 1960er und die 1970er Jahre*

Der Nahost-Krieg im Juni 1967 veränderte das Bild Israels grundlegend, das nun als siegreiche Militär- und Besatzungsmacht galt. Die kommunistischen Staaten und die radikale Linke im Westen reagierten mit einer scharfen Wendung zum Antizionismus, der von antisemitischen Tönen nicht frei war. Die DDR spielte dabei keine Vorreiterrolle. Innenpolitisch begann die Parteiführung nun, nachdem man die Jüdischen Gemeinden in den 1960er Jahren unbeachtet gelassen hatte, permanenten Druck auf die Gemeindevertreter, insbesondere auf SED-Mitglieder unter ihnen auszuüben, um sie zu einer öffentlichen Verurteilung der „zionistischen Aggression“ zu bewegen. Mit mäßigem Erfolg, denn die Vorsitzenden suchten sich dieser politischen Indienstnahme zu entziehen, indem sie den religiösen Charakter der Jüdischen Gemeinden betonten. Das Staatssekretariat musste deshalb immer wieder die „unklaren Auffassungen der Gemeindevertreter zur Problematik Israel/Zionismus“ beklagen, die in Israel eher den jüdischen Staat als den imperialistischen Aggressor sehen wollten. Die DDR bestand bei aller antizionistischen Propaganda ideologisch immer auf einem Trennungsstrich zum Antisemitismus. In der Bundesrepublik kam es mit dem Juni-Krieg zu einer Verkehrung der Positionen, da sich nun große Teile der vorher proisraelischen akademischen Linken antiimperialistisch orientierten und eine israelkritische, ja -feindliche Haltung einnahmen und dabei mit der in dieser Phase erfolgreichen NPD in einem Boot saßen, während die SPD und die Gewerkschaften auf Seiten Israels blieben und große Teile der Bevölkerung und viele Konservative für Israel Partei ergriffen. Auch die Regie-

1965-1974; bzw. Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie: Bde. VI und VIII, Allensbacher 1977 und 1984; Emnid-Informationen 1-2/1974, 2/1979, 4/1988.

<sup>12</sup> Vgl. zu diesem Themenkomplex Jutta Illichmann: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945-1990, Frankfurt a.M. 1997.

<sup>13</sup> Trotz aller Schwankungen in den Ergebnissen lässt sich von 1958 bis Mitte der 1970er Jahre eine abnehmende Bereitschaft erkennen, NS-Verbrecher auch weiterhin zu verfolgen (1958: 54 Prozent; 1965: 38 Prozent; 1974: 25 Prozent), danach nahm sie wieder zu und erreichte in den 80er Jahren die Größenordnung von 1958. Vgl. Institut für Demoskopie: Jahrbuch der öffentlichen Meinung, Bde. III-V, Allensbach

rung verfolgte im Vergleich zu anderen europäischen Staaten eine proisraelische Linie. Die Identifikation mit den Freiheitsbewegungen der Dritten Welt, darunter der PLO (Palästinensische Befreiungsbewegung), und die antikapitalistische Haltung der radikalen Studenten mündeten in einen scharfen Antizionismus, der in einigen Terrorgruppen sogar zu Anschlägen auf jüdische Einrichtungen sowie zur Zusammenarbeit mit dem arabischen Terrorismus führte, wie sie ja die DDR von staatlicher Seite betrieb. In der westdeutschen Bevölkerung änderte sich damals allerdings durch die Bedrohung Israels die vorher stark proarabische Einstellung zugunsten Israels.<sup>14</sup> Die bewunderten militärischen Erfolge und landwirtschaftlichen Aufbauleistungen Israels hatten Rückwirkungen auf das „Judenbild“: die Stereotype des „feigen“, „schwachen“, „hässlichen“, „zur Handarbeit untauglichen“ Juden sind heute weitgehend verschwunden. Israel wurde als Teil des Westens gesehen und gewann als Opfer arabischer Aggression (man erinnere sich an das Attentat auf die israelischen Sportler während der olympischen Spiele 1972 in München) große Sympathien. Da antisemitische und antiisraelische Einstellungen eng miteinander verbunden sind, sind Rückwirkungen der positiven Einstellungsentwicklung gegenüber Israel auf die Einstellung zu Juden generell zu erwarten. Die Studie von Alphons Silbermann und Herbert Sallen aus dem Jahre 1974 machte jedoch deutlich, dass antisemitische Einstellungen gegenüber 1949/52 zwar zurückgegangen waren, aber noch in einem beträchtlichen Umfang fortbestanden (20 Prozent der Westdeutschen werden als stark antisemitisch eingestuft).<sup>15</sup> Bei ungefähr der Hälfte der Bevölkerung fanden sich noch „Reste antisemitischer Einstellungen“, die aber nicht mehr ein ge-

schlossenes Weltbild bildeten. Dies kann als Resultat eines „Privatisierungsprozesses“ des Vorurteils gedeutet werden, in dem dieses nach dem Verlust seiner politischen Funktionen an Konsistenz verliert.

Der Rückgang des Antisemitismus seit Beginn der 1950er Jahre ist nur zu einem kleinen Teil ein Effekt des Umdenkens in der älteren Generation, den größeren Anteil daran haben die nachwachsenden, bereits in der Bundesrepublik sozialisierten Generationen, die nur zu einem Teil diese Vorurteile übernommen haben. Hier wird ein Trend erkennbar, der sich bis heute fortsetzt. Generations- und Bildungseffekte bewirken heute im Unterschied zur NS-Zeit eine Ablehnung antijüdischer und fremdenfeindlicher Vorurteile: je jünger und besser ausgebildet jemand ist, desto häufiger lehnt er diese ab.

Politisch standen in der Bundesrepublik Antisemitismus und Rechtsextremismus bis 1978 jedoch nicht auf der Tagesordnung, die ganz von der Auseinandersetzung mit dem linken Terrorismus dominiert wurde. Dies änderte sich gegen Ende der 1970er Jahre mit der so genannten Hitler-Welle, mit ausgelöst durch Joachim Fests Hitler-Film, und mit dem Aufkommen militanter neonazistischer Organisationen. Für die Erkenntnis, dass der Mord an den europäischen Juden das zentrale Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands war, hat die Ausstrahlung der amerikanischen TV-Serie „Holocaust“ im Jahre 1979 einen wichtigen und andauernden Anstoß gegeben, denn sie hat eine bis dahin nicht gekannte intensive Diskussion in der Öffentlichkeit und in den Familien ausgelöst. Dieser Film hat dazu beigetragen, dass in den 1980er Jahren der Holocaust ins Zentrum der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus rückte.

### *Die 1980er Jahre*

Die 1980er Jahre waren in der Bundesrepublik durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet. Einmal trat in den Jahren 1981 bis 1988 in zahlreichen Affären und Konflikten, von Kohls Diktum von der „Gnade der späten Geburt“ auf seiner Israelreise, über die Bitburg- und die Fass-

<sup>14</sup> Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung 1946-1989, Opladen 1991, S. 182.

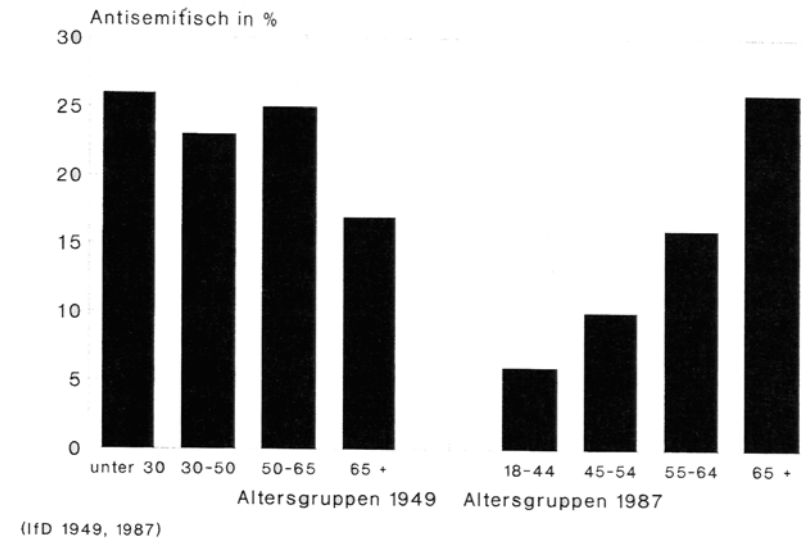
<sup>15</sup> Alphons Silbermann: Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982, S. 63 u. Tab. 21; Herbert A. Sallen: Zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse der empirischen Antisemitismusforschung, Frankfurt a.M. 1977.

binder-Affäre, den Historikerstreit bis hin zur skandalisierten Gedenkrede des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger anlässlich des 40. Jahrestages der „Reichskristallnacht“ das Problem der adäquaten Erinnerung an die Judenverfolgung in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte — dies hat sich bis heute in der Diskussion um das Holocaust-Mahnmal, die Wehrmachtausstellung und in der Walser-Bubis-Debatte fortgesetzt. Nur selten ging es um antijüdische Äußerungen (etwa im Fall des CSU-Bundestagsabgeordneten Fellner oder des Korschebroicher Bürgermeisters Graf Spee), denn auch in der Kontroverse um Rainer W. Fassbinders Theaterstück *Der Müll, die Stadt und der Tod* (1985) stand letztlich die Frage im Mittelpunkt, wieweit das heutige Verhältnis zu Juden noch von der Schuld aus der Vergangenheit geprägt ist. Diese Affären waren der Anlass für eine Reihe von Meinungsbefragungen, die das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden in den zeitgeschichtlichen Kontext von Schuld und Verantwortung gegenüber den jüdischen Opfern stellten. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass zirka 15 Prozent der Westdeutschen als antisemitisch eingestellt zu betrachten sind.<sup>16</sup> Alters- und Bildungsverteilungen wiesen auf einen Rückgang des Antisemitismus in den jüngeren und höher gebildeten Bevölkerungsteilen hin. Der bereits in den 1970er Jahren erkennbare Trend hatte sich weiter fortgesetzt. Wie das folgende Schaubild zeigt, hat sich die Situation zwischen 1949 und 1987, was die Generationenverteilung betrifft, deutlich verändert.

<sup>16</sup> Institut für Demoskopie: *Deutsche und Juden 1986*; Emnid-Institut: *Antisemitismus*, Bielefeld 1986; Institut für Demoskopie: *Ausmaß und Form des heutigen Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Allensbach 1987; Emnid-Institut: *Zeitgeschichte*, Bielefeld 1989. Vgl. dazu die Analysen in Bergmann/Erb 1991.

Schaubild 1

Generationenvergleich 1949 und 1987



Die Einstellung zu Juden ist eng mit der „Vergangenheitsbewältigung“ verbunden, doch tritt mit der Ausländerfeindlichkeit, der Auseinandersetzung um das Asylrecht, der Frage des Zusammenlebens mit Einwandererminderheiten und der Nutzung dieses Themas durch erstarkte rechtsextreme Parteien ein neuer Kontext für den Antisemitismus hinzu, da die Einstellung gegenüber Juden nun auch als eine Form von Xenophobie betrachtet wird. In der DDR entwickelte sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine veränderte Einstellung zu den jüdischen Gemeinden. Dies hat drei Gründe: Einer ist außenpolitischer Natur. Die DDR-Führung wollte den mit der Perestrojka größer gewordenen Spielraum für die Verbesserung der Beziehungen zu den USA nutzen und setzte dabei auch auf amerikanisch-jüdische Organisationen. Ein weiterer Grund ist die Entdeckung des historischen und kulturellen deutsch-jüdischen Erbes, die zu einer größeren staatlichen Unterstützung für die Gemeinden führte. Diese Hinwendung



zur jüdischen Geschichte war auch durch die Konkurrenz zum Westen motiviert, dessen Medien und Wissenschaft sich den Juden in der DDR zuzuwenden begannen. Ein dritter Grund ist darin zu sehen, dass der Nahostkonflikt nicht mehr zum Instrument ideologischen Drucks auf die Juden in der DDR diente, da die Ostblockstaaten in den frühen 1980er Jahren ihre antizionistische Politik abschwächten und schließlich fallen ließen. Durch die Wende von 1989 wurde diese außen- wie innenpolitische Umorientierung abgebrochen, und der ersten frei gewählten DDR-Volkammer blieb im April 1990 nur noch übrig, die Juden um Verzeihung für die „Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande“ zu bitten.

### *Das vereinte Deutschland*

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurden sogleich zwei Umfragen durchgeführt, um zu prüfen, ob die Sorgen über autoritäre und antisemitische Einstellungen unter der ostdeutschen Bevölkerung berechtigt wären.<sup>17</sup> Übereinstimmend zeigen beide Studien eine wesentlich geringere Verbreitung des Antisemitismus in Ost- verglichen mit Westdeutschland (vier bis sechs Prozent zu 12 bis 16 Prozent), ein Ergebnis, das von späteren Umfragen bis 1996 bestätigt worden ist. Eine Antisemitismus-Studie von 1998 deutete erstmals darauf hin, dass sich die Ostdeutschen beim Antisemitismus dem „Westniveau“ anzugleichen beginnen: jeweils 20 Prozent wurden als antisemitisch eingestuft.<sup>18</sup> Die Antwortverteilungen auf die

Fragen zur Einstellung zu Juden in den jüngsten Rechtsextremismusstudien bestätigen diese Entwicklung.<sup>19</sup> Der Vergleich der Antwortverteilungen auf drei Fragen der Forsa-Studie von 1998 und des Allbus 1996 ergibt, dass die Arigleichung zwischen Ost und West einer gegenläufigen Entwicklung entspringt:

### *Tabelle 3*

Einstellung zu Juden: 1996 und 1998 im Vergleich

Frage	Jahr	West	Ost
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss	1996	<b>28</b>	<b>15</b>
	1998	<b>22</b>	19
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen	1996	<b>48</b>	<b>35</b>
	1998	<b>42</b>	<b>39</b>
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig	1996	<b>17</b>	<b>13</b>
	1998	<b>17</b>	18

Daten: Allbus 1996; Forsa 1998

null bis 18 Punkten ergab. Ab sechs Punkten wurde ein Befragter als latent antisemitisch eingestuft. Eine Erhebung von 1999 entdeckte auch keine Ost-West-Differenzen mehr: Oliver Decker/Elmar Brähler: Antisemitische und autoritäre Einstellungen im vereinten Deutschland - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, in: psychosozial, H. 2/2000, S. 31 ff.  
<sup>19</sup> Jürgen W. Falter und Kai Arzheimer fanden keine signifikanten Ost-West-Unterschiede: die westdeutschen Erwachsenen lagen allerdings immer einige Prozentpunkte über den ostdeutschen (Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Deutschland 1998 im Vergleich zum Jahre 1994. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mainz 1998, S. 10f); Richard Stöss/Oskar Niedermayer: Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik, im Frühsommer 1998, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1, Freie Universität Berlin 1998; Richard Stöss/Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, 2000; Tab. 1.

<sup>17</sup> Umfrage des American Jewish Committee vom 1. bis 15. Oktober 1990, vgl. David A. Jodice: United Germany and Jewish Concerns. Attitudes Toward Jews, Israel, and the Holocaust, American Jewish Committee 1991; im Oktober bis Dezember 1990 vgl. Reinhard Wittenberg/Bernhard Prosch/Martin Abraham: Antisemitismus in der ehemaligen DDR, in: Tribüne 30 (1991), S. 102ff.

<sup>18</sup> Forsa 1998, Tab. 6. Für sechs Statements wurden für schwache, mittlere und starke Zustimmung jeweils ein, zwei oder drei Punkte vergeben, was eine Skala von

Für einen negativen Meinungstrend unter Ostdeutschen sprechen auch das Ergebnis spezieller Jugendstudien (s.u.) sowie die deutlichen Stimmengewinne rechtsextremer Parteien seit 1998, nachdem sie Anfang der neunziger Jahre bei Wahlen in den neuen Ländern sehr schlecht abgeschnitten hatten, was auf ein Verblasen antifaschistischer Überzeugungen hinweist. Die 1994, 1998 und 2000 wiederholte Frage „Auch , heute noch ist der Einfluss von Juden zu groß“ deutet für 2000 ebenfalls darauf hin, dass eine Abnahme antisemitischer Einstellungen im Westen zusammentrifft mit einer anhaltenden Zunahme im Osten, so dass deren Verbreitung dort inzwischen gleich, wenn nicht höher ist als in Westdeutschland.<sup>20</sup> Umfragen des Jahres 2002 widersprechen allerdings diesem Trend. Sie zeigen wiederum das ältere Muster aus den frühen neunziger Jahren mit deutlich weiter verbreiteten negativen Einstellungen unter Westdeutschen.<sup>21</sup> Hier könnte es sich angesichts der aufgeheizten Diskussion über den Nahost-Konflikt und der „Möller-Affäre“ im Frühjahr 2002 um einen „Periodeneffekt“ handeln, da möglicherweise West- und Ostdeutsche in unterschiedlicher Weise

<sup>20</sup> Jürgen W. Falter: Rechtsextremismus in Deutschland: Die Entwicklung des Einstellungspotenzials 1994 bis 2000, in: Perspektive: Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz, Dezember 2000, S. 12; der gleiche Trend zeigt sich bei der Frage zur sozialen Distanz „Juden passen nicht zu uns“.

<sup>21</sup> Im Oktober 2002 schrieben 23 Prozent der Westdeutschen und nur acht Prozent der Ostdeutschen den Juden „zuviel Einfluss in unserer Gesellschaft zu“, jeweils 43 Prozent zu 29 Prozent stimmten dem Statement „Heute, ebenso wie in der Vergangenheit, üben die Juden zu viel Einfluss auf die Weltgeschehnisse aus“ vollkommen bzw. eher zu. Siehe: American Jewish Committee: Die Einstellung der Deutschen zu Juden, dem Holocaust und den USA, November 2002, Tab. 4 und 14; hingegen folgte ebenfalls 2002 die Antwortverteilung auf die Frage „Die Juden sind mitschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden“ dem neuen Muster: 28 Prozent der West- und 29 Prozent der Ostdeutschen stimmten hier eher zu, vgl. Der Spiegel: Umfrage zum Antisemitismus, Juni 2002. In der gleichen Umfrage finden wir hingegen bei der Frage, ob Juden auf der Welt zuviel Einfluss hätten, eine weitaus höhere Zustimmung bei den Westdeutschen: 33 Prozent, Ostdeutsche 17 Prozent.

darauf reagiert haben. Für einen Periodeneffekt spricht auch der Anstieg negativer Antworten gegenüber den späten 1990er Jahren.<sup>22</sup>

1990 galt ein Ost-West-Unterschied für alle abgefragten Dimensionen (antijüdische Stereotypen, die Bereitschaft zur Erinnerung und Wiedergutmachung, für eine weitere Strafverfolgung von NS-Verbrechern) mit Ausnahme der Haltung zu Israelis und der Einschätzung des Zionismus, der von einer gleich großen Minderheit in Ost- und Westdeutschland als Rassismus beurteilt wurde. Hier schlug die jahrzehntelange antiisraelische Politik und Propaganda in der DDR durch. Nimmt man zu diesem Befund noch hinzu, dass Umfragen und Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern bis vor kurzem nur eine geringe Akzeptanz des politischen Rechtsextremismus zeigten, dann kann man die These aufstellen, der antifaschistische Konsens der DDR habe den Nationalsozialismus und alle mit ihm verbundenen Erscheinungen gründlicher diskreditieren können, weil er Bestandteil eines geschlossenen ideologischen Systems war, das jede Form politisch unliebsamer Äußerungen aus der Öffentlichkeit verbannte. Demgegenüber hat eine demokratisch pluralistische Gesellschaft immer damit zu rechnen, dass es abweichende politische Meinungsspektren gibt, die ihre Sicht öffentlich präsentieren. Bei der Bewertung der Umfrageergebnisse muss man natürlich auch berücksichtigen, dass Ost- und Westdeutsche von einem je spezifischen historischen Hintergrund aus urteilen: die größere Zustimmung zur Wiedergutmachung zum Beispiel mag in Ostdeutschland darauf beruhen, dass die DDR-Regierung derartige Zahlungen verweigert hat, während die Westdeutschen die

Eine im April 2002, also in der Hochphase der in Deutschland heiß diskutierten Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern, durchgeführte Umfrage zeigt, dass der Anteil derer, die dem Statement „Ich kann gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind“ zustimmen, von 1999 auf 2002 von 20 Prozent auf 36 Prozent dramatisch angestiegen ist (Ostdeutsche: 18 Prozent auf 31 Prozent, Westdeutsche: 21 Prozent auf 37 Prozent). Vgl. Elmar Brähler/Horst Eberhard Richter: Politische Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, Juni 2002, Abb. 1.

Wiedergutmachungsverpflichtungen als erfüllt ansehen und weiteren Forderungen ablehnender gegenüberstehen.

Hatten Meinungsumfragen 1990 ein beruhigendes Bild geliefert, so nahm die reale Entwicklung mit der 1991 einsetzenden Welle fremdenfeindlicher Gewalt, neonazistischer Demonstrationen und antisemitischer Anschläge einen ganz anderen Verlauf. Der Rückschluss von der eskalierenden Gewaltwelle auf eine negative Einstellungsentwicklung in der Bevölkerung liegt zwar nahe, trifft aber in diesem Fall nicht zu. Wie die Analyse der Tatverläufe und Täterstrukturen ergeben hat, wurde 1991 bis 1992, angeheizt durch die Asyldebatte, die große Mehrheit der fremdenfeindlichen Straftaten von Gruppen junger Männer begangen, dies gilt ebenso für antisemitische Straftaten der Jahre 1993 bis 1995.<sup>23</sup> Dies rückte die Jugend in den Mittelpunkt des öffentlichen wie wissenschaftlichen Interesses.<sup>24</sup> Bevölkerungsbefragungen belegen, dass wohl die Besorgnis in der Bevölkerung über das Hervortreten von Antisemitismus seit 1990 zugenommen hatte, dass die Einstellungen aber stabil geblieben waren.<sup>25</sup> Während sich für die Westdeutschen in den jüngeren Kohorten (18 bis 45 Jahre) das Bild eines Einstellungssockels von zirka fünf Prozent Antisemiten ergab, ließ sich für die Ostdeutschen eine etwas andere Verteilung feststellen. Auch hier waren 1990 die über

45-Jährigen im Durchschnitt häufiger antisemitisch eingestellt als die unter 45-Jährigen, es war hier jedoch die mittlere Altersgruppe der 31- bis 44-Jährigen, die den geringsten Anteil an Antisemiten aufwies. Für die 18- bis 30-Jährigen lag er leicht höher. Hier deutete sich 1990 bereits an, dass in den neuen Bundesländern insbesondere junge Erwachsene und Jugendliche anfällig für fremdenfeindliche und antisemitische Parolen waren. Jugendstudien, die auch die Altersgruppen ab 14 Jahren einbezogen, haben sich vor allem auf die neuen Länder konzentriert, so dass für diese Altersgruppe der 14- bis 18-Jährigen keine Vergleichsdaten aus Westdeutschland vorliegen. Antisemitische Vorgaben fanden bei den ostdeutschen Jugendlichen eine unerwartet hohe Zustimmung (zwölf Prozent in Sachsen/Sachsen-Anhalt 1992), die noch übertroffen wurde von nationalistischen (50 Prozent) und fremdenfeindlichen Aussagen (29 Prozent).<sup>26</sup> Auf eine negative Entwicklung wies damals hin, dass es die jüngsten, nämlich die 14- bis 18-Jährigen waren, die ein beachtliches antisemitisches Potential zeigten: 14 Prozent stimmten dem Statement „Die Juden sind Deutschlands Unglück“ zu, dies taten nur fünf Prozent der 18- bis 20-Jährigen und nur ein Prozent der 25- bis 26-Jährigen. Das antisemitische Potential lässt sich über die deutliche Bildungs- und Geschlechtsdifferenz sowie nach der politischen Orientierung noch genauer eingrenzen: es waren die männlichen Lehrlinge, die sich ausgeprägt antisemitisch äußerten (33 Prozent lehnten Juden ab, weibliche Lehrlinge: zehn Prozent), bei den Schülern der 11./12.Klassen waren es 16 Prozent - Mädchen vier Prozent. Bei der politischen Selbsteinstufung, waren es die nach rechts tendierenden Jugendlichen, die am häufigsten diesen Statements zustimmten. Die Leipziger Jugendforscher, die bereits im Wendejahr 1990 eine Jugendstudie durchgeführt hatten, stellten bei deren Replikation 1992 fest, dass sich rechtsextreme Orientierungen, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft unter ostdeutschen Jugendlichen in diesen zwei Jahren verstärkt hatten. In den Studien der Folgejahre variiert das Bild der Einstellung

<sup>23</sup> Vgl. Helmut Willems u.a.: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen 1993; Rainer Erb: Antisemitische Straftäter der Jahre 1993 bis 1995, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6 (1997) S. 160ff.

<sup>24</sup> Hans-Uwe Otto/Roland Merten (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn 1993; empirische Studien: Peter Förster/Walter Friedrich/Harry Müller/Wilfried Schubarth: Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt, Opladen 1993; Dietmar Sturzbecher/Peter Dietrich/Michael Kohlstruck: Jugend in Brandenburg '93, Potsdam 1994.

<sup>25</sup> Emnid-Institut: Antisemitismus in Deutschland, Bielefeld 1992; Jennifer Golub: Current German Attitudes toward Jews and Other Minorities. New York 1994; Institut für Demoskopie: Umfragen Nr. 5064, 5074, 5075, 5076, April 1992 bis Februar 1993; Elisabeth Noelle-Neumann: Rechtsextremismus in Deutschland (im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung), Allensbach 1993.

<sup>26</sup> Förster u. a. 1993, S. 114ff.

der Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren in den empirischen Untersuchungen erheblich, je nachdem, ob man repräsentative Bevölkerungsumfragen oder aber spezifische Jugendstudien heranzieht. Eine Umfrage des Forsa-Instituts zum Thema „Deutsche und Juden 1996“ ließ eine, wenn auch nicht sehr ausgeprägte Fortsetzung des seit den 1960er Jahren bestehenden positiven Trends erkennen, wonach jüngere Altersgruppen seltener antisemitische Einstellungen hegen als die älteren Generationen. Auch die Zustimmungen zu antijüdischen Items im ALLBUS 1996 ergaben, dass in der Generation der 18- bis 29-Jährigen der Anteil antisemitischer Befragter am kleinsten ist. Dies bestätigt auch die Forsa-Umfrage von 1998, in der zehn Prozent der 14- bis 20-Jährigen als antisemitisch eingestuft werden (25- bis 49-Jährigen: zwölf Prozent, 50 bis 65 Jahre: 28 Prozent, über 65 Jahre: 38 Prozent).<sup>27</sup> Demgegenüber weisen Jugendstudien der letzten Jahre für die junge Generation in Ostdeutschland auf eine negative Einstellungsentwicklung hin.<sup>28</sup> Während in der Erwachsenenbevölkerung die komparativen Studien von 1990, 1991, 1994 und 1996 weniger Antisemiten unter Ostdeutschen identifizierten,<sup>29</sup> hat sich bei den Jugendlichen das Verhältnis umgekehrt: in den Vergleichsstudien zwischen Brandenburger Jugendlichen und solchen aus Nordrhein-Westfalen liegt der Anteil antijüdischer Einstellungen bei den ostdeutschen zwei- bis zweieinhalb mal so hoch. Dabei kann man für NRW regelrecht eine Rangordnung von der Haupt- über die Real- und die Gesamtschule zum Gymnasium ziehen.

<sup>27</sup> Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. ALLBUS 1996. Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln und Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), 1996; Daten für 1998: Forsa 1998.

<sup>28</sup> Rudolf Weiskopf/Ronald Freytag/Dietmar Sturzbecher: Antisemitismus unter Jugendlichen in Ost und West, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 9 (2000), S. 35ff.

» Vgl. Jodice 1991; Emnid 1992; Golub 1994.

Tabelle 4

## Antijüdische Vorurteile

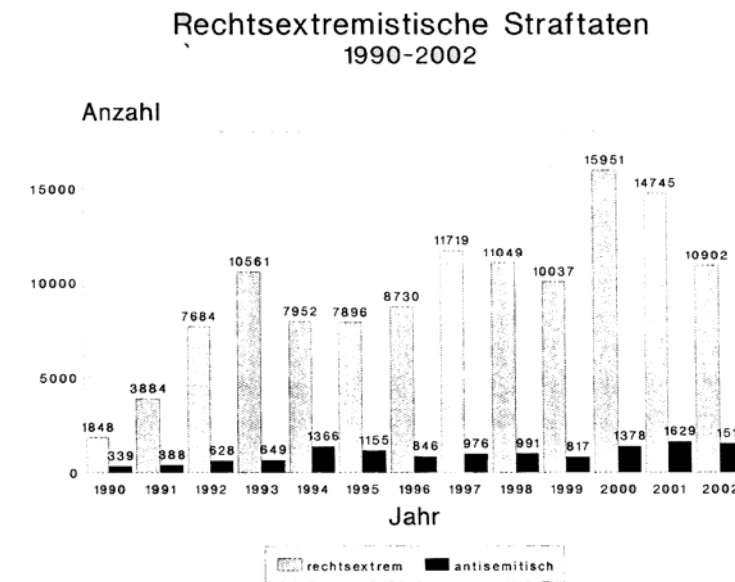
	<u>Brandenburg</u>	<u>NRW</u>
8./9. Klasse	34,2%	11,5%
10./11. Klasse	21,7%	7,9%
12./13. Klasse	10,4 %	5,5 %
1. Jahr als Auszubildender	33,8 %	20,0 %
2. Jahr	32,8%	21,5%
3. Jahr	44,2%	25,6%

Die Problemgruppe der jungen Männer mit relativ geringer Schulbildung und wenig ausgeprägten kognitiven Fähigkeiten dominiert auch in den Einstellungskategorien „Ausländerfeindlichkeit“ und Rechtsextremismus. Fasst man die Ergebnisse dieser Jugendstudien und der oben zitierten Bevölkerungsumfragen zusammen, so kann man sagen, dass der Antisemitismus unter den Ostdeutschen sich nach einer Phase der Stabilität seit kurzem dem höheren Niveau im Westen anzugleichen beginnt und dass er sich vor allem in einer Subpopulation, nämlich in der Jugend, insbesondere bei wenig gebildeten, handarbeitenden und rechtsorientierten Männern, weiter verbreitet und radikalisiert hat. Dieser Befund wird durch Presseberichte über antisemitische Vorfälle und durch Wähleranalysen erhärtet, wonach der Wahlerfolg der rechtsextremen DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (1998) und Brandenburg (1999) im wesentlichen auf das Konto der 18- bis 30-Jährigen Männer ging. Die Ursachen für die besondere Anfälligkeit der ostdeutschen Jugend sind vor allem in den tiefgreifenden und krisenhaften Transformationsprozessen in den neuen Ländern zu suchen, die einerseits zu einer radikalen Neuorientierung zwingen, die andererseits in der Phase der Auflösung sozialer und staatlicher Institutionen auch günstige Handlungsmöglichkeiten boten. Allerdings kann keiner der heute diskutierten Erklärungsansätze (Modernisierungsverlierer-Ansatz, Individualisierungsthese oder sozialpsychologische Vorurteilstheorien)

das Ausmaß antisemitischer Vorurteile befriedigend erklären.<sup>30</sup> Die Arbeitslosigkeit der Väter wie auch die Schulbildung und der Nationalstolz bilden die erklärungskräftigsten Variablen. Bei persönlichkeitsbezogenen Variablen weisen externale Kontrollüberzeugungen, das heißt ein gewisses Gefühl der Fremdsteuerung und eigenen Ohnmacht, einen statistisch signifikanten Zusammenhang mit Antisemitismus auf, während etwa Zukunftsoptimismus keine Rolle zu spielen scheint.

Gesetzesverletzungen mit antisemitischem Charakter nahmen ab 1991 im Zuge der fremdenfeindlichen Gewaltwelle stark zu, doch war der Anstieg prozentual geringer als bei ausländerfeindlichen Straftaten und erreichte seinen Höhepunkt mit einer charakteristischen Zeitverzögerung. Ziel der rechtsextremen Mobilisierung waren zunächst nicht Juden oder jüdische Einrichtungen. Nachdem die Zahl rechtsextremer Straftaten durch Organisationsverbote (1992) und die Gegendemonstrationen ab 1994 wieder abgesunken war, ist seit 1996 ein Wiederanstieg zu erkennen, der 1997 und 1998 noch über dem Höhepunkt von 1993 lag. Die antisemitischen Straftaten folgen 1997 und 1998 diesem Trend. Niedriger liegt die Zahl antisemitischer Gewalttaten mit jeweils 11 Fällen in den Jahren 1996/97 und 16 in den Jahre 1998 und 1999 verglichen mit dem Höhepunkt der Gewaltwelle 1993: 72; 1994: 68; 1995: 27.

Schaubild 2



Tätliche Angriffe auf Juden sind — wie ja auch die Juden in Deutschland — selten, es dominieren Propagandadelikte (Schmier- und Plakataktionen) sowie Volksverhetzung/Beleidigungen. Die Brand- oder Sprengstoffanschläge sowie andere Formen der Sachbeschädigung richten sich gegen Mahnmale, Gedenkstätten oder jüdische Friedhöfe und nicht so sehr — wie im Fall der Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte oder einzelne Ausländer — gegen die zeitgenössischen jüdischen Gemeinden und ihre Mitglieder. Diese sehen sich allerdings telefonischen Drohungen und Schmähbriefen ausgesetzt. Eine 1990 von Alphons Silbermann und Herbert Sallen unter deutschen Juden durchgeführte, allerdings nicht repräsentative Untersuchung weist jedoch eher auf den Ausnahmecharakter

<sup>30</sup> Manuela Mühl/Olaf Müller/Thomas Saalfeld: Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und politische Gewaltbereitschaft unter Dresdner Schülern. Ergebnisse der „Dresdner Schülerbefragung“ (1994/95). Forschungsbericht, Dresden o. J.

solcher Vorfälle hin.<sup>31</sup> Von den Befragten hielt zwar ein nicht geringer Teil viele Deutsche für antisemitisch, doch hatte kaum einer persönlich Diskriminierungen am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft erfahren. Die Bevölkerung lehnt antijüdische Aktionen ab: 90 Prozent fordern heute eine Bestrafung antisemitischer Täter (sechs Prozent lehnen sie ab). Zum Vergleich: 1949 waren nur 41 Prozent für eine Bestrafung und 15 Prozent lehnten sie ab. Die Ablehnung von Gewalt gegen Ausländer ist dagegen weit geringer: Hier zeigten im Dezember 1991 27 Prozent der Westdeutschen und 13 Prozent der Ostdeutschen Verständnis für rechtsextreme Aktionen. Die Bevölkerung ist im übrigen mit großer Mehrheit dafür, antisemitische Gruppen zu verbieten (80 Prozent im Jahre 1990), nur eine Minderheit von zwölf Prozent sprach sich dagegen aus, unter den 18- bis 29-Jährigen sogar nur sieben Prozent. In keinem anderen europäischen Land, so haben vergleichende Studien ergeben, werden Rechtsextremisten im sozialen Umfeld von einem so großen Bevölkerungsanteil abgelehnt wie in Deutschland (Dezember 1992: 77 Prozent West - 79 Prozent Ost). Formen aktiver Diskriminierung finden allenfalls bei einer winzigen Minderheit radikaler Judenfeinde Zustimmung. Anders ist es bei der Frage der nationalen Zugehörigkeit und Gleichberechtigung der Juden. So unterstützte 1987 zwar eine Mehrheit von 70 Prozent die völlige Gleichbehandlung der Juden, doch stimmten die anderen 30 Prozent ja nicht zu. 15 Prozent waren dagegen, dass Juden in Deutschland Beamte oder Minister werden können. Ungefähr ein Zehntel der Deutschen würde es überdies begrüßen, wenn die Juden Deutschland verließen (siehe oben Tabelle 1). Bei diesem Befund ist allerdings nicht auszuschließen, dass manche der Befragten mit Juden nicht automatisch die Assoziation „deutsche Staatsbürger“ verbinden, sondern an ausländische Juden und Israelis denken. 1998 war für 75 Prozent der Befragten

<sup>31</sup> Vgl. Alphons Silbermann/Herbert Sallen: Juden in Westdeutschland. Selbstbild und Fremdbild einer Minorität, Köln 1992.

ein Jude, „der in der Bundesrepublik geboren und aufgewachsen ist“ eher ein Deutscher als ein Jude, für 14 Prozent eher ein Jude (1987 lag das Verhältnis bei 65 Prozent zu 20 Prozent, damals waren 15 Prozent unentschieden). Dies spricht für einen hohen Grad an nationaler Akzeptanz, die auch durch die Untersuchung der sozialen Distanz gegenüber den Juden in Deutschland bestätigt wird.

Erfasst man die Haltung zu Juden als gegenwärtig in Deutschland lebende Minderheit über Fragen zur Exklusion, so ändert sich das Bild: die Ost-West-Differenz, die ja im antisemitischen Vorurteil bis 1996 deutlich ausgeprägt war, verschwindet. In Westdeutschland hat die Ablehnung der Rolle der Juden als Kritiker der deutscher Vergangenheitspolitik nicht dazu geführt, auch einen persönlichen Kontakt mit ihnen zu meiden: gegenüber 21 Prozent antisemitisch Eingestellter äußerten in der Allbus-Studie von 1996 nur elf Prozent eine Exklusionsneigung. Offenbar existieren hier zwei Einstellungskomplexe nebeneinander: Juden als Opfer des Nationalsozialismus und als Mitbürger heute. Die Exklusionsneigung gegenüber Juden als anwesende Minderheit wird erst interpretierbar, wenn man sie mit der zu anderen Gruppen vergleicht.

*Tabelle 5*

<sup>32</sup>  
Soziale Exklusion

Gruppe	Starke Exklusionsneigung	
	Westdeutsche	Ostdeutsche
Juden	11,2%	13,4%
Italiener	6,9 %	12,4%
Aussiedler	11,2%	13,5 %
Türken	32,7 %	35,4 %
Asylbewerber	41,9 %	44,2 %

<sup>32</sup> Die Exklusion wurde über die Items Nachbarschaft, Einheirat und rechtliche Gleichbehandlung gemessen.

Die Tabelle zeigt, dass die Juden ähnlich wie die deutschstämmigen Aussiedler und die Italiener weitgehend akzeptiert werden. Hingegen ist die Abgrenzung gegenüber Türken und Asylbewerbern stärker ausgeprägt. Im Fall der Türken führen kulturell-religiöse Differenzen und ihr zumeist geringer beruflicher Status bei einem größeren Teil der Deutschen zur Exklusion als gegenüber der bürgerlichen, sozial unauffälligen Gruppen der Juden und der Italiener. Ihr Lebensstil wird deutlich seltener als vom eigenen verschieden angesehen. Ostdeutsche äußern häufiger eine Exklusionsneigung gegenüber allen Gruppen, was vor allem deshalb bemerkenswert ist, weil sie zu diesen Gruppen bisher kaum Kontakte haben.

Die Juden scheinen unter den ethnischen Minderheiten eine ganz spezifische Position zu besitzen. Sie werden primär im Kontext der deutsch-jüdischen Vergangenheit wahrgenommen, hingegen kaum mit den komplexen Einwanderung, Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie Belastung des Sozialsystems in Verbindung gebracht. Aus der öffentlichen, schulischen, medialen und wissenschaftlichen Präsenz dieser Vergangenheit und ihren Nachwirkungen erklärt sich auch, das relativ weit verbreitete und differenzierte „Wissen“ der Deutschen über Juden, Judentum, Israel und deutsch-jüdische Geschichte. Wissen meint hier nicht genaue Kenntnis, sondern ein im Vergleich zu den anderen Gruppen differenziertes Wissen. Dieses Wissen ist allerdings sehr stark durch den Fokus NS-Vergangenheit und die daraus abgeleiteten Probleme (Schuld, Wiedergutmachung, Verantwortung) sowie tradierten antijüdischen Vorstellungen (Macht der Juden, Geldgier usw.) strukturiert, während über die Juden als gegenwärtig im Lande lebende Minderheit den meisten wenig bekannt ist (18 Prozent der Befragten wählten 1996 bei der Frage nach dem Lebensstil die Antwortkategorie „weiß nicht“). Sie werden im Vergleich zu allen anderen ethnischen Minderheiten in ihrem Lebensstil als den Deutschen am ähnlichsten eingeschätzt, und die soziale Distanz ihnen gegenüber als Nachbarn oder Arbeitskollegen ist gering. Gegenüber der Wahl eines jüdischen Ehepartners sind, vermutlich wegen der religiösen Differenz, Vorbehalte weiter verbreitet (28 Prozent), die in ihrem

Umfang der Ablehnung einer Heirat mit einem Aussiedler oder einem in Deutschland lebenden Italiener entsprechen.

## Fazit

Eine vorläufige Bilanz der Entwicklung des Antisemitismus in der Bundesrepublik über fast fünf Jahrzehnte kann einen Rückgang feststellen, der sehr langsam, zäh und diskontinuierlich verlaufen ist, da er weniger auf Einstellungsänderungen bei den antisemitisch geprägten älteren Generationen beruhte als vielmehr darauf, dass nach 1945 Politik, Öffentlichkeit und Schule, gegen eine weitere Tradierung des Vorurteils angekämpft und ein liberales, demokratisches Wertesystem vermittelt haben. Mit der Gründung der Bundesrepublik auf der Basis demokratischer, rechtsstaatlicher und humanistischer Werte war zwar das Programm der Gesellschaft gegenüber dem Dritten Reich radikal umgestellt worden, es brauchte jedoch Jahrzehnte, bis entsprechende Einstellungen die Institutionen verändert haben und in der Bevölkerung mehrheitlich vertreten wurden. Die moralisch fundierte Erwartung, die Deutschen hätten nach 1945, nachdem sie die volle Kenntnis über den Holocaust erlangt hatten, ihre antisemitische Einstellung sofort aufgeben müssen, verkennt einmal den Charakter von Einstellungsstrukturen, die auch aufgrund dissonanter Erfahrungen nicht sogleich geändert werden können, zum anderen die Tatsache, dass die Existenz einer „Judenfrage“ seit dem Kaiserreich zum *common sense* gehört hatte. Es musste zunächst einmal die Einsicht verbreitet werden, dass es auf diese Frage keine Antwort gibt, es sei denn eine antisemitische, dass daher die „Judenfrage“ als falsch gestellt gänzlich aufgegeben werden muss.<sup>33</sup>

<sup>33</sup> In der Nachkriegszeit verurteilten viele die NS-Judenverfolgung, hielten aber an ihrer Überzeugung fest, die „Judenfrage“ hätte auf irgendeine Weise gelöst werden müssen, etwa über eine Ausweisung der Juden, Berufsbeschränkungen, rechtlich minderen Status und ähnliches.

Erst von diesem Ausgangspunkt her ist der relative Erfolg in der Bekämpfung antisemitischer Einstellungen zu erkennen. Noch immer stimmen beachtliche Teile der Bevölkerung einzelnen antijüdischen Aussagen zu, doch verdichtet sich diese Zustimmung nur bei einem „harten Kern“ zu einem geschlossenen antisemitischen Vorurteilskomplex. Dieser hat nicht nur quantitativ an Bedeutung verloren, er hat auch seine Qualität und Motivation geändert. Es geht bei ihm heute nicht primär um rechtliche Gleichstellung, religiöse Toleranz, wirtschaftliche Konkurrenz, sondern um ein Ressentiment, das sich als „sekundärer Antisemitismus“ aus den Problemen im Umgang mit der NS-Vergangenheit, insbesondere mit dem Holocaust ergibt.

Verglichen mit fremdenfeindlichen Einstellungen und Aktionen spielt Antisemitismus in Deutschland eine deutlich geringere Rolle. Er ist allerdings weiterhin zentraler ideologischer Bestandteil des Neonazismus und Rechtsextremismus, der mit dem Internet ein „ideales“ Verbreitungsmedium besitzt, das die Strafverfolgung sehr erschwert. Neu ist im deutschen und europäischen Kontext, dass sich im Zusammenhang des andauernden Nahostkonflikts über die Judenfeindschaft Verbindungen dieser rechtsextremen Szene zu radikal-islamistischen Gruppierungen ergeben haben und dass sich etwa in der Welle antijüdischer Gewalt im Frühjahr 2002 auch Täter aus diesem Umfeld und aus der Gruppe sozial desintegrierter Jugendlicher mit arabisch-islamischen Hintergrund finden. Die Analyse von Antisemitismus wird sich noch stärker als bisher über die nationale Perspektive hinaus mit den internationalen Entwicklungen befassen müssen.